

1. Veranstaltung

Neutralität – schadet oder nützt sie der Schweiz?

Befragungen zeigen, dass die Schweizer Bevölkerung hinter dem Prinzip der Neutralität steht. Allerdings glauben immer weniger Menschen, dass es die Schweiz vor internationalen Konflikten schützt. Der russische Angriff auf die Ukraine hat die Neutralitätsdebatte neu aufgeladen. Was ist die Schweizer Neutralität überhaupt? Ist sie (noch) praktikierbar? Wer meint welche Neutralität? Diese Fragen werden im folgenden Referat und der Podiumsdiskussion Thema sein.

Denkanstösse aus Sicht der Schweizer Geschichte

Referat von Prof. Dr. André Holenstein, Universität Bern

Die Neutralität ist tief verankert im Selbstverständnis der Schweizerinnen und Schweizer

Repräsentative Umfragen 1993-2008

- 79-93% sind für die Beibehaltung der Neutralität
- 67-81% finden, die Neutralität sei untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden

Repräsentative Umfragen 2009-2021

- 93-96% sind für die Beibehaltung der Neutralität
- 79-83% finden, die Neutralität sei Teil des schweizerischen Staatsgedankens

Gründe für den hohen Stellenwert der Neutralität und ihre Folgen

Für die altbewährte Überlebens- und Sicherheitsstrategie des schwachen Kleinstaats Schweiz in einem kriegerischen Europa galt:

- keine Einmischung in die Kriege anderer Staaten
- Gleichbehandlung der Kriegsparteien

Als «Gegenleistung» wurde erwartet, dass man vom Krieg verschont wurde. Nach Auffassung vieler Schweizerinnen und Schweizer war diese Neutralität eine kluge, selbstbestimmte und keineswegs unehrenhafte Haltung. Sie erblicken darin im Gegenteil eine moralisch vorbildliche Haltung, weil sie im Unterschied zu anderen Völkern und Staaten auf den Krieg als Mittel der Aussen- und Interessenpolitik verzichteten. Im Weiteren sehen sie darin eine notwendige Voraussetzung für das humanitäre Engagement im Krieg der Anderen und für die guten Dienste in Konflikten anderer Staaten.

Der hohe Stellenwert der Neutralität ist über mehrere Jahrhunderte hinweg entstanden. Sie hat eine **übersteigerte Bewertung und einseitige Erinnerung** zur Folge:

Erstens die Überhöhung zum Identitätsmerkmal und konstitutiven Element des schweizerischen Staatsgedankens. Realistischer wäre eine pragmatisch-nüchterne Bewertung als Instrument der Aussen- und Sicherheitspolitik. Zweitens eine schmeichelhafte Sicht, die prekäre Erfahrungen der Eidgenossenschaft / der Schweiz mit der Neutralität in der Vergangenheit aus der Erinnerung verdrängt.

Folgerungen aus Sicht der Schweizer Geschichte

Die Verlässlichkeit der Neutralität hängt nie von der Haltung des Neutralen allein ab. Sie steht und fällt mit der Akzeptanz, dem Verständnis und der Interessenlage der kriegführenden Parteien im geopolitischen Umfeld. Trotz der einseitig von der Tagsatzung proklamierten Neutralität besetzten Frankreich (1797/98) und die Alliierten (1813) die Schweiz:

- Frankreich respektierte die Neutralität der Eidgenossenschaft so lange, als sie für die französische Armee kriegswirtschaftlich nützlich war.
- Die Alliierten anerkannten die Neutralität der Schweiz nicht, weil sie ihre Angriffspläne gegen Napoleon störte.

Die Position des Neutralen ist prekär, angreifbar, legitimationsbedürftig und riskant in einem Krieg, der geführt wird zur Verteidigung

- der wahren Religion. Es kann keine Neutralität geben, wenn es um die göttliche Wahrheit geht.
- der „gerechten Sache“ und des eigenen Normen- und Wertesystems. Es kann keine Neutralität geben, wenn es um die Verteidigung der Eigenständigkeit und des eigenen Rechts- und Gesellschaftssystems geht.
- des Völkerrechts und der Sanktionen suprastaatlicher Organisationen wie Völkerbund und Uno. Es kann keine Neutralität geben angesichts eines völkerrechtswidrigen Angriffskriegs.

Der Neutrale riskiert in solchen Situationen einen hohen Reputationsschaden und die politische Isolation in der internationalen Staatengemeinschaft. Dieses Risiko erhöht sich, wenn der Neutrale aus der Tatsache Profit schlägt, sich nicht positionieren zu wollen und vom Krieg verschont zu werden

Die Zweckmässigkeit und Zuverlässigkeit der Neutralität

Frühe Neuzeit (16. bis frühes 19. Jahrhundert)

- Der Krieg war ein legitimes Instrument der Machtpolitik in der Hand der souveränen Dynasten.
- Die militärisch schwachen eidgenössischen Orte hielten sich aus den Kriegen der Mächte heraus («Stillesitzen»).
- Sie kompensierten ihre militärische Schwäche und stabilisierten ihre Sicherheitslage durch Bündnisse untereinander und durch langfristige Allianzen (Frankreich, Spanien-Mailand, Savoyen) bzw. Nichtangriffsverträge (Habsburg-Österreich) mit den wichtigsten Nachbarn.

Allianzen und Verträge machten die neutrale Eidgenossenschaft für ihre Nachbarn zu einem nützlichen und interessanten Verbündeten und Partner: Nichtangriffsversprechen; militärischer Flankenschutz; unversehrtes Söldnerreservoir; Plattform für die Versorgung der Kriegsparteien mit Kriegsmaterialien und für die Umgehung von Handelsembargos.

Der Wiener Kongress 1815 etablierte ein System des Mächtegleichgewichts in Europa und regelte die Angelegenheiten der Schweiz:

- Anerkennung und Garantie der staatlichen Eigenständigkeit der Schweiz.
- Die Rolle der Schweiz in der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur als Pufferstaat zwischen Frankreich und Österreich.
- Einschränkung der Souveränität der Schweiz und Verpflichtung zur immerwährenden Neutralität
- Durchsetzung innerer Reformen durch staatliche Fortbildung des Corpus helveticum zum eidgenössischen Staatenbund.
- Territoriale Erweiterung und Arrondierung durch die Aufnahme neuer Kantone (Wallis, Neuenburg, Genf) und damit bessere Absicherung der Grenze zu Frankreich.
- Verbesserung der Verteidigungsorganisation durch Errichtung einer Bundesarmee (bewaffnete Neutralität).

Die Garantie der Neutralität der Schweiz gründete im gemeinsamen Interesse der führenden Mächte an der Schweiz als Stabilitätsfaktor in der Sicherheitsarchitektur auf dem europäischen Kontinent.

Nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs 1918

Die Gründung des Völkerbunds war der erste Versuch einer supranationalen Organisation der kollektiven Sicherheit. Er brachte die Ächtung des Kriegs als Mittel der Politik, das Bekenntnis zum friedlichen Zusammenleben der Staaten und zur gerichtlichen Beilegung von Konflikten.

Die vom Völkerbund (später der Uno) formulierten völkerrechtlichen Grundsätze machen die Neutralität zu einem dysfunktionalen und systemwidrigen Instrument. Das Völkerrecht schützt gerade den militärisch und aussenpolitisch schwachen Kleinstaat vor den Zumutungen und Übergriffen mächtiger Staaten.

Das Zugeständnis der „differenziellen“ Neutralität soll das Problem dieser Systemwidrigkeit entschärfen und die Akzeptanz des Völkerbunds beim Stimmvolk steigern. Die Schweiz trägt Wirtschaftssanktionen, aber keine militärischen Sanktionen. **Abstimmung 1920** über die Beibehaltung der Neutralität: 416'870 Ja; 323'719 Nein; Stände: 11½:10½.

Im Zweiten Weltkrieg schützte die Neutralität viele neutrale Staaten nicht vor der deutschen, sowjetischen oder britisch-amerikanischen Besetzung (Niederlande, Luxemburg, Belgien, Island, Dänemark, Norwegen, baltische Staaten).
Schützte die Neutralität wenigstens die Schweiz?

- 1940-1945: Die Schweiz verletzt Neutralitätsrecht (Staatskredite für Kriegsmateriallieferungen an Deutschland und Italien; Export von Kriegsmaterial aus bundeseigenen Produktionsstätten; Duldung privater Kriegsmaterialexporte).
- März 1945: Die USA erzwingen den weitgehenden Abbruch des Wirtschaftsverkehrs der Schweiz mit Deutschland.

«Wir wollen eure militärische Neutralität voll respektieren, obschon es für uns von Vorteil wäre, dies nicht zu tun. Wir verlangen keinen Durchmarsch durch euer Land. Wir machen euch aber nachdrücklich darauf aufmerksam, dass für die Schweiz die Stunde geschlagen hat zu zeigen, wo sie moralisch und wirtschaftlich steht. Hier gibt es jetzt keine Neutralität mehr. In dieser Beziehung habt Ihr eindeutig auf unsere Seite zu treten. Sonst werdet Ihr isoliert dastehen. (...) Wenn Ihr das tut und damit der Welt zeigt, dass Ihr das Gebot der Stunde verstanden habt, dann sind wir damit einverstanden, dass Ihr militärisch neutral bleibt.»
(Lauchlin Currie, Leiter der alliierten Verhandlungsdelegation, Febr. 1945)

Bundesrat Max Petitpierre zur Bedeutung der Neutralität im Zweiten Weltkrieg (an der Botschafterkonferenz im September 1948)
« Je pense qu'aujourd'hui (1948) la neutralité ne représente pas une garantie efficace. D'ailleurs, de 1939 à 1945 ce n'est pas elle qui nous a protégés, mais d'autres circonstances, d'ordre stratégique et économique. »

Ist die Neutralität heute noch ein zweckmässiges aussen- und sicherheitspolitisches Instrument?

Wer hat heute noch ein Interesse an der Schweizer Neutralität? Wer garantiert deren Verlässlichkeit und Akzeptanz?

- Es gibt keine europäischen Grossmächte mehr.
- EU-Staaten und Nato-Mitglieder bestimmen das geopolitische Umfeld der Schweiz. Sie sind der Schweiz freundlich gesinnt und teilen deren Werte.
- Es besteht kein Interesse der Staatengemeinschaft mehr an der dauerhaften Neutralität der Schweiz.
- Für Neutralität gibt es im System der UNO allenfalls Toleranz, mehr nicht.
- Das Völkerrecht hat das Neutralitätsrecht der Haager Konventionen (1907) hinter sich gelassen. Im Unterschied zu den Haager Konventionen – die den Krieg noch als natürliches Recht der Staaten betrachten – ächtet das moderne Völkerrecht den Angriffskrieg.

Aktuelle Statements

„Die Schweiz ist von Demokratien und Rechtsstaaten umgeben, die kein Interesse an der Neutralität der Schweiz haben.

Konsequenz: Die Schweiz sollte sich auf der Seite der Demokratien positionieren.

Der Kleinstaat ist nicht mehr in der Lage, seine Verteidigungsfähigkeit mit vernünftigem Aufwand sicherzustellen.

Konsequenz: Die Schweiz sichert ihre Verteidigungsfähigkeit nur im Verbund mit grösseren Staaten.

Demokratien und Völkerrecht stehen global unter Druck autokratischer Tendenzen.

Konsequenz: Bei Angriffen auf das demokratische Europa solidarisiert sich die Schweiz mit den Angegriffenen.“

(Kaspar Villiger, Neutralität ist nicht heilig, in: NZZ 04.03.2022, S. 32)

„Nationalstaaten sind kaum mehr in der Lage, sich autonom zu verteidigen. Sie sind auf Kooperationen, Rüstungszusammenarbeit und Interoperabilität angewiesen, die notgedrungen Parteinahmen mit einschliessen muss. Neutralität gegen unsere Interessen und auf Kosten der eigenen Sicherheit kann und soll es nicht geben. (...) Bereits heute wird mit gutem Grund die Auffassung vertreten, der völkerrechtswidrige Angriff auf die Ukraine bilde einen Angriff auf die Werte Europas und damit auch jene der Schweiz. Neutralität würde den eigenen Sicherheitsinteressen diametral widersprechen.»

(René Rhinow, Neutralität ist kein Selbstzweck, in: NZZ 18.05.2022, S. 19)

Ausschnitte aus der Podiumsdiskussion

André Holenstein **Ho**, Tiana Angelina Moser **Mo**, Nationalrätin GLP, Anna-Lina Müller **Mü**, Thinktank «foraus»

Moderation: Jürg Steiner, Journalist «Hauptstadt»

- Was bleibt nach der Auslegeordnung des Referenten von der Neutralität übrig?

Mü - Holenstein zeigt die Realität auf. Es findet eine Überhöhung der Neutralität statt. Nach dem Überfall auf die Ukraine erkennt die Schweiz, dass Neutralität sie nicht schützen kann, dass sie nicht (nur) von uns abhängt. Neutralität kann Brückenbauerin sein, Vermittlung erleichtern.

Mo - Als Mitglied der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates erlebt sie eine andere Grundstimmung, als sie im Referat präsentiert wurde. Man spürt aber, dass in der Schweiz ein Umbruch im Gange ist: Von der integralen Neutralität bis zum Beitritt zur Nato wird jede Variante diskutiert.

- *Welches Potential birgt die Neutralität?*

Ho - Wir müssen jetzt eine Debatte führen, die Initiative von Chr. Blocher für eine „integrale Neutralität“ wird uns dazu zwingen. Die Neutralität darf nicht ein Zweckartikel in der BV werden! Unsere Vorfahren haben sie in weiser Voraussicht weiter hinten platziert, so konnte die Unabhängigkeit garantiert werden. Neutralität betrifft unsere Sicherheits-, Aussen- und Interessenpolitik und gilt nicht nur für militärische Entscheidungen. Für die Vermittlung in Konflikten ist sie nicht Voraussetzung: Zwischen Russland und der Ukraine sind jetzt grössere Nationen engagiert, die ihre Macht in die Waagschale werfen können.

- *Könnte man die Neutralität abschaffen?*

Mo – Natürlich könnte man das, wenn die Bedrohung zu gross und zu nah ist (Beispiele Schweden und Finnland). Sie sieht aber keine Notwendigkeit, hingegen müssen wir jetzt über ihren Inhalt diskutieren. Mo möchte eine engere Kooperation mit der Nato.

*Aus dem Publikum **Wolf Linder**, em. Professor für Politikwissenschaften, Bern*

Im Referat sei viel Kritik am Prinzip der Neutralität geäussert worden. Er ist grundsätzlich dafür, dass die Schweiz wie bisher neutral bleibt. Es wäre falsch, auf die Neutralität zu verzichten und der Nato beizutreten, das könnte er gar nicht unterstützen. Auch die Nato führe völkerrechtswidrige Kriege (Balkan). Wir müssten Neutralität global verstehen.

Mo – versteht diese Kritik. Trotzdem möchte sie kooperieren. Die Nato ist ein Bündnis aus demokratischen Staaten, wir stehen ihr nahe und sind von ihr umringt.

Mü – sieht als Alternative zur Nato-Kooperation eine Bündnisfreiheit für die Schweiz. Und im Übrigen sei das Eintreten für Menschenrechte keine Frage der Neutralität. Die Schweiz stehe gerne mit dem Rücken zur Aussenpolitik. Sie findet es unanständig, wenn wir keine Sanktionen ergreifen, aber weiterhin Waffen exportieren würden. Da wir klar zum Westen gehören, ist nur eine militärische Neutralität (keine Waffenlieferungen, kein Einsatz von Soldaten) möglich.

Ho – verlangt eine realistische Diskussion über die Stellung und die Rolle der Schweiz in der Welt. Wir seien Trittbrettfahrer der Nato (wie auch bei der EU). Die Schweiz müsse sich nicht zu viel einbilden darauf, was sie zu bieten hat. Immer, wenn die Lage in der Vergangenheit kritisch wurde, war von Neutralität nicht mehr viel zu spüren. Eine Gesinnungsneutralität sei nicht möglich.

- *Haben Sie Bedenken wegen der kommenden Initiative?*

Mo – Gerade darum müssen wir versuchen, eine realistische Diskussion zu führen. Weg von den Mythen! Eine Annahme würde den Ruf der Schweiz noch weiter schädigen und auch ökonomische Folgen haben.

Ho – Sie würde die Handlungsfähigkeit der Schweiz einschränken. Es wäre fatal, wenn sie als Zweckartikel in die Bundesverfassung geschrieben würde. Dann wäre es kaum mehr möglich, auf die sich verändernden europäischen Verhältnisse zu reagieren.

2. Veranstaltung

Desinformation & Fake News – eine Gefahr für unsere Demokratie?

Sind Fake News und Desinformation eine oft unterschätzte Gefahr für unsere Demokratie und somit für unsere Gesellschaft? Müssten allen voran die «sozialen Medien» stärker reguliert werden oder wäre dies ein Eingriff in die Meinungsäusserungsfreiheit? Im folgenden Referat und der Podiumsdiskussion wollen wir diesen Fragen nachgehen.

Umgang mit Desinformation in der Schweiz

Dr. Daniel Vogler Forschungsleiter und stv. Direktor des Forschungszentrums «Öffentlichkeit und Gesellschaft», Universität Zürich

Definitionen

- **Fake News** ist ein politischer Kampfbegriff, der zur Delegitimierung von journalistischen Medien verwendet wird (heute verstärkt durch die digitalen Angebote)
- **Desinformation** bezeichnet absichtlich verbreitete Falschinformationen
- **Propaganda** vermischt bewusst wahre und falsche Informationen

Desinformation als Phänomen

Desinformation ist historisch betrachtet nichts Neues: List, Täuschung, Propaganda, kontroverse Flugblätter etc. werden schon seit Jahrhunderten eingesetzt. Unsichere Zeit, Krisen (wie Pandemien) sind der Nährboden für ihre Verbreitung. Es gibt kaum Forschungen zur **Situation in der Schweiz**. Desinformation war bei uns bis heute kein Thema. Untersuchte Einzelfälle haben eher einen anekdotischen Hintergrund, und Befunde aus dem Ausland können nicht 1:1 übertragen werden. Mit der Pandemie ist das Thema jetzt sicht- und erlebbar geworden.

Wahrnehmung von Desinformation in der Schweiz

Unter Leitung des Referenten wurde am Forschungszentrum «Öffentlichkeit und Gesellschaft» Ende 2020 eine Studie zur Situation in der Schweiz durchgeführt. Befragt wurden 1212 Personen in drei Sprachregionen.

Die Schweizer Bevölkerung nimmt Desinformation als Problem zur Bewältigung von Krisen wahr

1. Sind Falschinformationen aus Ihrer Sicht ein Problem für...?

Bewältigung von Krisen	65%
Vertrauen in die Medien	54,5%
Vertrauen in die Politik	53,5%
Vertrauen in die Behörden	51,5%
Wahlen und Abstimmungen	44%

Das Ausmass von Desinformation wird aber als gering eingeschätzt

2. Wie häufig stossen Sie auf Falschinformationen?

Sehr häufig	8%	Mittel	30%	Nie	3,5%
Häufig	16,5%	Selten	22%	Weiss nicht	21%

Quellen von Desinformation

3. Wie oft stossen Sie in den folgenden Medien auf Falschinformationen?

Social Media	62%	Fernsehen	13%
Videoportale	36%	Print Zeitungen	11%
Messenger Apps	28%	Podcast	8%
Online Zeitungen	20%	Radio	6%

4. Wer sind Ihrer Meinung nach die Urheber*innen von Desinformation?

Aktivist*innen	60%	Journalist*innen	31%
Politiker*innen	50%	Unternehmen und Konzerne	30%
Gewöhnliche Bürger*innen	50%	Betreiber*innen von Social Media	30%
Ausländische Regierungen	40%	Behörden und Institutionen	16%
Alternative Medien	37%	Medienunternehmen	14%

Umgang mit Desinformation

5. Was tun Sie, wenn Sie nicht sicher sind, ob eine Information wahr oder unwahr ist?

Seiten von Bund und Behörden konsultieren	68%
Webseiten von journalistischen Medien konsultieren	61%
Quelle bzw. Absender überprüfen	58%
Information auf Google suchen	45%
Mit Freunden und Bekannten sprechen	43%
Mit der Familie sprechen	35%

Fazit

- Desinformation wird in der Schweiz als Problem für die Gesellschaft wahrgenommen
 - Eine gesunde Demokratie muss Spannungen aushalten können
 - Soziale Ungleichheiten und Konflikte fördern eine Polarisierung der Gesellschaft und Desinformation
 - Eine hohe Qualität der Berichterstattung und ein gesundes Mediensystem sind wichtig
 - Die Förderung der Medienkompetenz ist zentral, Verbote lohnen sich nicht
-

Schwerpunkte aus der Podiumsdiskussion

mit Daniel Vogler **V**; Katrin Schregenberger **Sch**, Inland-Redaktorin Schaffhauser Nachrichten; Sanija Ameti **A**, Co-Präsidentin Operation Libero. Zentrale Voten sind mit den betreffenden Initialen markiert.

Moderation: Jürg Steiner, Journalist «Hauptstadt»

Wieso arbeiten staatliche Stellen mit Fake News?

Man will andere Staaten **verwirren und schwächen**, wie z.B. Russland den Zusammenhang innerhalb der EU. So werden – oft durch institutionalisierte „Troll-Fabriken“ – vorhandene Schwachstellen in der Gesellschaft bearbeitet und radikale Gruppen unterstützt (A). Es bringt nicht viel, einfach die Gegenseite zu beschuldigen. Man sucht nicht die Auseinandersetzung, sondern streut in den Medien möglichst viele richtige und falsche Aussagen durcheinander („mit Shit zuschütten“). Unbeweisbare Behauptungen, Verschwörungstheorien verunsichern zusätzlich (V). Desinformation soll auf lange Sicht wirken. Freiheit durch Unsicherheit erodieren zu lassen, fördert die Autokratie (A).

Wie erleben wir Fake News in der Schweiz?

Viele Leute haben den Eindruck, dass sie nur selten mit FN in Kontakt kommen. Die Meisten unterschätzen das Problem. **Wir müssen sensibilisiert werden** und den Wahrheitsgehalt der Nachrichten überprüfen (Sch). Schon das Design kann auf FN hinweisen (z.B. viele Ausrufezeichen). Bilder werden so präsentiert, als ob unser Nachbar die Situation erlebt und ins Netz gestellt habe. Wir müssen nicht nur Buchstaben, sondern auch Bilder lesen lernen. Quellen müssen wir überprüfen, Zweifel sind ein wichtiges Gegenmittel.

Die Schweiz ist in diesem Sinne „ein guter Ort“, FN haben bei uns keinen grossen Stellenwert (V). Die Verhältnisse bei uns sind übersichtlich, man kennt die Politiker*innen und Journalist*innen. Wenn die SVP gegen die EU und nicht gegen Autokraten auftritt, Sanktionen gegen Russland bekämpft und Blocher eine „Neutralitäts-Initiative“ startet, überrascht uns das nicht (A).

Medienkompetenz muss gefördert werden

Medienkompetenz ist das „Gegengift“ gegen FN. In einigen Kantonen wird für Schulen Material bereitgestellt, das den bewussten Umgang mit Medien fördern soll. Die Frage: **Eigenkompetenz oder Regulierung?** stellt sich immer wieder (A). Die Podiumsteilnehmer*innen sind klar gegen Verbote. Die angegriffenen Schwachstellen müssen behoben werden. Oft sind Lücken im historischen Verständnis, Mythen wie z.B. über die Geschichte der Nationalstaaten Ansatzpunkt für Desinformation (Sch).

Beitrag aus dem Publikum: Es ist billig, die Förderung der Medienkompetenz (wie andere gesellschaftliche Aufgaben) den Schulen zu übertragen. Die Förderung der Jungen ist wohl der bequemste Weg, aber die „mittlere Generation“ ist ja laut Umfrage die gefährdetste Gruppe. Wir haben **ein Gegenwarts- und nicht ein Zukunftsproblem!**

Journalismus und Wissenschaften haben eine Pflicht zur Aufklärung

Besonders in **Krisensituationen** (Pandemie, Krieg gegen die Ukraine) spielen FN und Verschwörungstheorien eine grosse Rolle. Wie können wir dem begegnen? Viele Leute haben Mühe, die Informationsflut zu verdauen. **Guter Journalismus** muss u.a. wissenschaftliche Themen fürs Publikum verständlich publizieren. «Der Journalismus hat in der Pandemie viel dazu gelernt». Es ist die Aufgabe der Journalist*innen aufzuzeigen, wenn Politiker*innen sich am Rande der Wahrheit bewegen! Lügen müssen aufgedeckt werden. (V).

Der **Wissenschaft** kommt eine wichtige Rolle zu, die Fachleute müssen aber ihre Informationen als publikumsverständliche Texte formulieren können. Sie müssen sagen, was im Moment X gilt. Es kann nicht die Aufgabe der Politiker*innen sein, DIE Wahrheit zu verkünden (A). Während der Pandemie verlief die Zusammenarbeit der politischen Gremien mit Wissenschaftler*innen (Taskforce) recht holperig.

Meinungsfreiheit versus Verschwörungstheorien

Anhänger*innen von Verschwörungstheorien bestehen auf ihrem Recht, zu demonstrieren und in allen Medien ihre Überzeugungen zu veröffentlichen. Sie verweisen jeweils auf die Meinungsfreiheit als Menschenrecht. Diese gilt aber nicht uneingeschränkt, die **Äusserungsfreiheit** z.B. darf eingeschränkt werden. So sind persönliche Beleidigungen und Drohungen oder die Leugnung des Holocaust strafbar (Sch). FN, unbeweisbaren Behauptungen, die als Tatsachen verbreitet werden, gilt es entgegen zu treten. Hier müssen sich besonders die Fachleute und Journalist*innen einmischen.

Ausblick

Die Podiumsteilnehmer*innen sind sich nicht einig, wie es weiter gehen wird. Der Referent ist optimistisch, er denkt, dass wir lernen, faktenbasiert zu urteilen und FN immer besser zu durchschauen. Dass die Resilienz einer Gesellschaft auf einem durch Fakten gesteuerten Geschichtsbewusstsein basiert, unterstreicht auch Ameti (A). Sie bezweifelt aber, dass die Leute rasch lernen und warnt vor Mythenbildung, besonders was das „Nationalgefühl“ angeht. Es gilt stets sich zu **fragen, wer was wieso tut**.

3. Veranstaltung

Schweizer Föderalismus im 21. Jahrhundert: Heilsbringer oder Krisenfall?

Politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Entwicklungen setzen unser politisches System zunehmend unter Druck. Erst kürzlich hat die Corona-Krise neben Vorteilen des Schweizer Föderalismus zugleich markante Mängel aufgezeigt. Aber auch ausserhalb von Krisenzeiten wird unser „Ausgleichssystem“ oft als unzureichend, antiquiert oder gar blockierend kritisiert. Aktuell werfen durch den Ukrainekrieg ausgelöste Befürchtungen über die Energieversorgung oder Cybersicherheit erneut Fragen auf zur Tauglichkeit des Föderalismus.

Wo steht unser System zwischen Stabilitätsgarantie und Ausbremsung politischer Handlungsfähigkeit? Ist der Föderalismus nur ein Schönwettersystem, oder taugt er als staatspolitisches Modell im 21. Jahrhundert? Wo besteht akuter, wo langfristiger Reformbedarf? Im Inputreferat und einer Podiumsdiskussion nehmen Fachleute Stellung zu diesen Fragen.

Vielfalt in der Einheit

Prof. Dr. Eva Maria Belser, Co-Direktorin am Föderalismusinstitut Universität Freiburg, Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Trägerin des Föderalismuspreises 2019

Diversität

Ist heute die unbestrittene Grundlage im Umgang mit der Natur. Biodiversität, den Reichtum der Arten zu erhalten, ist das hohe Ziel. In politischen Diskussionen wird Diversitätsmanagement jedoch oft zum Kampfbegriff, und es wird kritisiert, es führe zu einer zu engen Identitätspolitik. Dabei meinen wir in der Politik mit Diversität „nur“ gleiche Rechte, Gleichwertigkeit, Chancengleichheit für alle Menschen. Gleichheit ist nicht ein Zustand, sondern eine ständige Aufgabe. Benachteiligungen zu beheben ist die Pflicht des Staates. Föderalismus ist untrennbar mit Vielfalt verbunden. **Vielfalt ist Reichtum!**

Föderalismus als Heilsbringer?

Der Föderalismus fördert die Demokratie. Er stärkt bei aller Verschiedenheit den Zusammenhalt. Es gibt keine permanenten Verlierer, Minderheiten können sich regional oder lokal durchsetzen. Sie müssen keine Angst haben, dass ihre Eigenheiten verloren gehen (Vielsprachigkeit, Religion, Einfluss der Wohnregion). Föderalismus heisst, es reden viele mit, und viele werden gehört. Es gibt keinen Zwang, sich immer über alles zu einigen. Föderalismus stabilisiert, gewährt mehr Mitsprache als eine „Mehrheitsdemokratie“. Wir haben in der Schweiz eine **Konsens-** **anstatt eine Entscheidungsdemokratie**.

Bewegliche Staatsorganisation

Föderalismus steht im Dienste einer guten Staatsführung. Die Weltbank zählt Dezentralisation in der Machtverteilung zu den wichtigen Elementen einer guten Regierungsform. Es gilt, die Probleme dort zu lösen, wo sie entstehen, Herausforderungen auf der richtigen Ebene anzugehen. Oft muss verhandelt werden, wer wo entscheidet, was wo Sinn macht (Maskentragpflicht im öV, Vorschriften zur Gebäudeisolation, Bekämpfung der Kriminalität). Kritische Geister meinen mit der ironischen Wortschöpfung „föderalen“ das Weitergeben der Verantwortung vom Bund an die Kantone.

Eine föderalistische Staatsorganisation fördert Innovation, die Mehrheit der Neuerungen kommt „von unten“ aus den Kantonen und Gemeinden. Sie ist näher bei der Bevölkerung und ihren Bedürfnissen. Fehlinvestitionen werden eher vermieden, und die politischen Prioritäten wechseln nicht nach jedem Wahljahr! **Föderalismus bedeutet nicht „Kantönigeist“, sondern verlangt Zusammenarbeit** auf allen Ebenen.

Anpassungsfähigkeit

Die demografischen Veränderungen in unserem Land führen zu neuen Bedürfnissen. Die Kantone waren über lange Zeit eigene Wirtschaftsräume. Heute laufen Entwicklungen grenzübergreifend ab. Vieles wäre leichter, wenn auch Kantone fusionieren würden! Wir leben heute mobil, viele pendeln an ihren Arbeitsplatz über Kantonsgrenzen hinweg, ziehen mehrmals um. Dem muss sich unsere Staatsorganisation anpassen. Die Schweiz zentralisiert Aufgaben, seit es sie gibt. Durch Volksabstimmungen wird unsere Verfassung fast jedes Jahr verändert. Laufend gilt es die Verhältnismäßigkeit des Föderalismus zu überprüfen und seine Rechtsstaatlichkeit eventuell anzupassen. Einmal beschlossene föderalistische Kompromisse will man nicht mehr in Frage stellen. Sie haben zwar einen schlechten Ruf, sind aber nachhaltig.

Reformen sind nötig

Föderalismus ist ein zentrales **Element für Machtteilung**. Er spielt bei uns auf drei Ebenen. Diejenige der Städte und Gemeinden ist aber in Schieflage, die demografische Entwicklung wird zu wenig berücksichtigt. **Die Rolle der Städte** und Stadtkantone hat sich gewandelt, ist aber nicht geklärt. Sie spielen eine Hauptrolle, haben jedoch zu wenig Gewicht. Bei der Staatsgründung hatten 17 Zürcher/innen das gleiche Gewicht wie ein/e Appenzeller/in – heute steht das Verhältnis bei 50 zu 1!

Der Föderalismus schützt **Minderheiten** nur im vorgegebenen Rahmen. Niedergelassene Ausländer/innen bezahlen Steuern, haben aber kein Stimmrecht, wir haben eine «Dreiviertel-Demokratie». Daran ist aber nicht der Föderalismus schuld. Kantone und Gemeinden stecken in engen Grenzen, können oft nicht selbständig entscheiden.

Es gilt weiter, die **Krisenresistenz** des Föderalismus zu verbessern. Im Stress (siehe Pandemie) sind rasche Lösungen kaum – und wenn, dann nur über Notrecht – zu finden. Um nächste Krisen bewältigen zu können, muss der Föderalismus laufend bewirtschaftet werden. **Wir sollten unserem Weg treu bleiben und weiter an unserem Flickenteppich weben.**

Schwerpunkte aus der Podiumsdiskussion

mit Prof. Dr. Eva Maria Belser **Bel**

Doris Fiala Nationalrätin FDP- Die Liberalen (ZH), Unternehmerin **Fia**

Michel Huissoud, ehem. Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) **Hus**

Moderation:

Jürg Steiner, Redaktor «Hauptstadt.be»

Vorbemerkung des Verfassers: Der Föderalismus als Prinzip der Machtverteilung, wie er im Referat vorgestellt worden ist, wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Es besteht der Konsens, dass sich unsere dreischichtige Staatsform bewährt. In der Diskussion werden deshalb vor allem Lücken und Baustellen des Föderalismus besprochen.

Kritik an den Strukturen

Fia kritisiert, dass nach der Wahl der beiden neuen Mitglieder im Bundesrat die Urbanität fehlt. Nur Vertreter/innen von Nehmerkantonen sind vertreten. Ist das nicht ein Problem für den Föderalismus?

Hus findet, dass es zu nichts führt, wenn wir Kantone gegeneinander ausspielen. Er vermisst ein besseres „Krisenmanagement“ beim Bund. In wichtigen Arbeitsgruppen fehlen oft Vertreter/innen der Städte.

Bel: Es ist keine Quote für Städte nötig, sie sind im Parlament gut vertreten, Zürich z.B. mit 35 Sitzen.

Fia stellt fest, dass der BR die Subsidiarität nicht immer einhält: So „zog er dem Rahmenabkommen den Stecker“, ohne dass Parlament oder Volk mitreden konnten. Ein weiteres Thema, das sie beschäftigt: Sie möchte mehr Zentralisierung im Bildungsbereich. Die Mobilität der Einwohner bei Kantonswechseln verursacht zu viele Schulprobleme. **Bel** ist gegenteiliger Meinung, sie wünscht mehr Gestaltungsfreiheit für die Kantone.

Zögerliche Digitalisierung

Fia stellt weiter fest, dass der BR Themen wie die Digitalisierung verschlafen hat. So verursachte die Cyberkriminalität in der Schweiz mehr Schaden als Naturkatastrophen! Weil die Universitäten kantonale Institutionen sind, sind auch deren Systeme nicht kompatibel. Hier müsste unbedingt der Bund den Lead übernehmen.

Hus wehrt sich für den BR: Dieser versuchte z.B. das elektronische Patientendossier zu forcieren, ist aber damit gescheitert. Er sieht das Problem bei den Kantonen. Der Föderalismus garantiert keinen Informationsfluss. In vielen Fällen ist kantonsübergreifend eine Datenerfassung nicht möglich, z.B. für Immobilien- (Grundstücke), Handels- und Betreibungsregister. Wer den Kanton wechselt, kann so Betreibungen entgehen.

Bel wehrt sich, dass der Föderalismus schuld sei. Die Digitalisierung wurde ganz einfach verschlampt. Die Schuld liegt nicht beim System, sondern bei den verantwortlichen Leuten. Wo Handlungsbedarf sei, müsse man eben handeln.

Föderalismus modernisieren?

Die Frage wird gestellt, ob der Staat aus Krisen lerne. **Fia** sagt ja, BR Berset machte während der Corona-Pandemie das Mögliche und das gut. Das Epidemien-Gesetz gab dem BR die Möglichkeit, selber zu handeln. Weitere Frage: Kann/muss man den Föderalismus modernisieren? **Hus** sagt ja: Es fehlt die Mitsprache der Jungen, viele politische Entscheide betreffen die nachfolgende Generation (Klimaschutz, Altersvorsorge). Er ist für Stimmrechtsalter null! **Bel** freut dieser Vorschlag. Sie findet, in der Organisation des Föderalismus müsste man «aufräumen» und prüfen, ob alle Kompetenzen noch am richtigen Ort sind. Sie möchte eine regelmässige Revision der Verfassung institutionalisieren.

Baustellen in der Bundespolitik

1. Die Konferenz der Kantonsregierungen KdK «befasst sich hauptsächlich mit der Erneuerung und Weiterentwicklung des Föderalismus, der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen.»

Bel: Die KdK ist quasi eine dritte Kammer in unserem Staat. In Bereichen, für die die Kantone zuständig sind, kann die KdK «machen was sie will». In Stresssituationen funktioniert sie schlecht. **Bel** und **Hus** finden, dass auch in den Untergruppen wie EDK, GDK (BAG bei Corona-Massnahmen!) Vertreter/innen der Bundesämter Einsitz nehmen müssten. Dafür sollte diese Koordinationsebene mit mehr Geld und Personal ausgerüstet werden. **Hus** bedauert, dass diese kantonalen Konferenzen oft Städte, Gemeinden und die Anliegen des Bundes ignorieren.

2. Das Ständemehr abschaffen? Das Ungleichgewicht zwischen den Kantonen wächst mit der Bevölkerungszahl.

Bel: Bei diesem Vorschlag «beisst sich die Katze in den Schwanz»: Um das Ständemehr abzuschaffen, braucht es ein Ständemehr! Das Problem sind die kleinen Kantone. Wo müsste eine Verfassungsreform ansetzen, um ihnen Einfluss zu garantieren? Sie fragt sich, wieso z.B. bei den Abstimmungen über die Konzernverantwortungs-Initiative oder die «Ehe für alle» ein Ständemehr notwendig war. Ständemehr, so findet sie, ist keine föderale, sondern eine demokratische Frage. Der Ständerat hat ja auch die Aufgabe, die Interessen der Kantone wahr zu nehmen.

3. Rechtsgleichheit fehlt in finanziellen Bereichen.

Votum aus dem Publikum von alt Nationalrätin Margret Kiener Nellen, ehem. Präsidentin der Finanzkommission:

MKN ärgert sich, dass bei der Erfassung der direkten Bundessteuern der Bund für ca. 25 Mia Steuereinnahmen bei den Kantonen kein Prüfrecht hat, die Kantone alleine entscheiden. Ebenso stossend ist es, dass die Kantone Pauschalsteuern einsetzen, obwohl das gegen die Bundesverfassung verstösst. Klagen kann niemand, weil eine Verfassungsgerichtsbarkeit fehlt.

Hus kritisiert zusätzlich das Steuerdumping, das vor allem Kantone in der Innerschweiz betreiben. Auch das wäre (bundes)gesetzlich verboten. Es gibt zwar ein Steuerharmonisierungsgesetz – die Verordnung dazu war aber im Parlament nicht mehrheitsfähig.

Bel hält fest: Daran ist nicht der Föderalismus schuld! Der Bund hätte die Kompetenz und die Pflicht, die Kantone bei der Erhebung der Bundessteuer zu beaufsichtigen. Er könnte sie zur Verantwortung ziehen. Er tut es nicht, weil das «föderale Demokratie sei und unfreundlich wäre». **Wenn der Bund sich mit politisch unattraktiven Handlungen nicht unbeliebt machen will, ist nicht der Föderalismus daran schuld.**

4. Veranstaltung

Lehren aus der Corona-Krise für die Klimakrise

Der Klimawandel macht sich immer stärker bemerkbar. Schmelzende Polkappen, schrumpfende Gletscher, Stürme, Hitzewellen und Trockenheit haben uns in letzter Zeit drastisch vor Augen geführt, dass die globale Erwärmung unsere Lebensgrundlagen in einem unabsehbaren Ausmass bedroht.

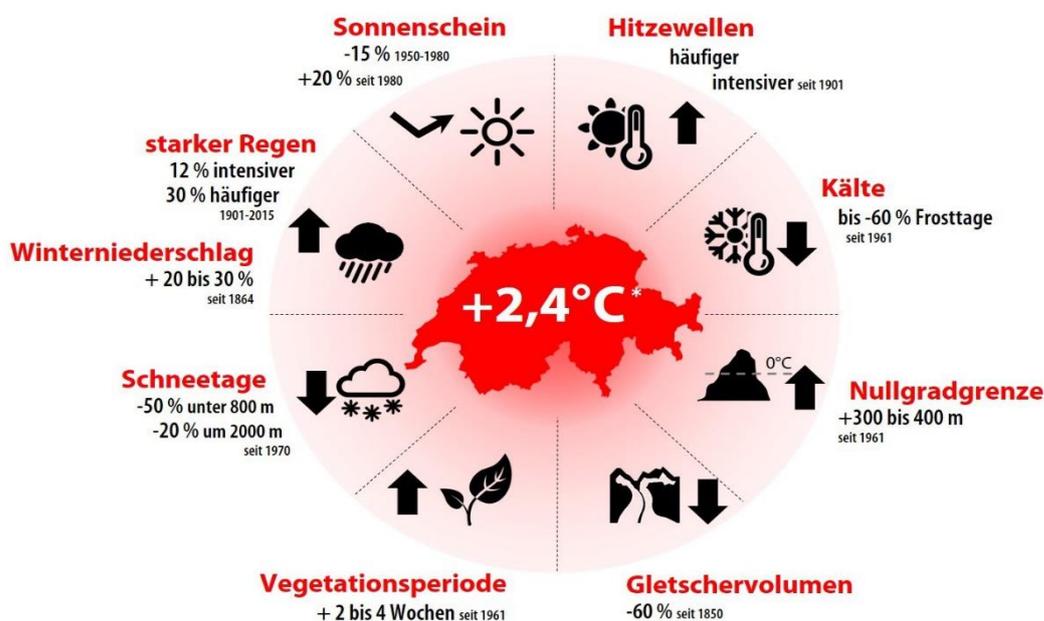
In der Corona-Krise haben Politik und Wissenschaft eine zentrale Rolle gespielt. Dies gilt auch für die Klimakrise, doch geht hier die persönliche Betroffenheit weniger tief. Beide Krisen erfordern kollektive Antworten und tiefgreifende Veränderungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Wie kann es gelingen, dass die Wissenschaften ihre Erkenntnisse noch besser einbringen? Kann die Jugend, können Klimaaktive neue Anstösse geben, einen Beitrag zu Veränderungen leisten? Zwei Inputreferate und eine Diskussion sollen Lösungsansätze aufzeigen.

Klimakrise – eine Bestandesaufnahme

Inputreferat von Dr. Thomas Stocker, Professor für Klima- und Umweltphysik an der Uni Bern. Von 1998 bis 2015 Hauptautor und Ko-Vorsitzender der IPCC Arbeitsgruppe «Wissenschaftliche Grundlagen» der UNO.

Unerfreuliche Fakten

- Ursache Nr. 1 der Klimakrise ist der Anstieg der **CO₂-Konzentration** seit 1958 um 34%. Das ist der stärkste Anstieg seit 200'000 Jahren.
- Die Folgen der **Klimaerhitzung** sind global und lokal verschieden: In der Schweiz beträgt der Temperaturanstieg seit 1900 bereits 2,4° C, das ist doppelt so viel wie im weltweiten Durchschnitt.
- Die **Hitzetage** in der Schweiz werden zunehmen. Ohne Klimamassnahmen werden sie sich verdoppeln. Ein Problem sieht der Referent darin, dass wir Klimaveränderungen immer an der Erwärmung messen. Es gäbe noch andere Parameter:



(Grafik aus Referat Th. Stocker)

- Der **Gletscherschwund** stand letztes Jahr in den Schlagzeilen. Als Folge werden wir Probleme mit dem Wasser bekommen. Werden die Klimaziele eingehalten, sind bis 2100 noch rund 40% der Gletscher übrig, ohne Massnahmen nur 5 – 10%.

- Der Weltklimarat gibt seit 1990 rund alle 5 Jahre einen «Sachstandbericht» heraus. Der war die Grundlage für das **Pariser Klimaabkommen**. Dort wurden historische Beschlüsse gefasst:
 «Die globale Erwärmung soll deutlich unter 2°C gegenüber der vorindustriellen Zeit gehalten werden.»
 «Die globalen CO₂ Emissionen sollen fallen und ab 2050 auf netto Null gehen.»

Die Abstimmung über das CO₂ - Gesetz

Das Gesetz war im Parlament unbestritten. Eine neue Grundlage zur Eindämmung der Emissionen und Erreichung der Pariser Klimaziele ist nötig. Die Abstimmungskampagne lief aber schief: Die Plakate der Befürworter blieben zu abstrakt und wurden durch die Grundfarbe rot dem linken Spektrum zugeordnet. Die Gegner stellten in ihrer Werbung «nur» Fragen, die aber zahlreiche Verbote implizierten. Beweise mussten sie nicht liefern. Und die Schweizer/innen lassen sich nicht gerne etwas verbieten! Der Bundesrat wollte sich nicht einmischen, obwohl er geschlossen hinter dem Gesetz stand. Die knappe Ablehnung war frustrierend, die Fachleute konsterniert.

Klimakrise – Coronakrise: Wer lernt von wem?

	Klimakrise	Coronakrise
Was erlebe ich?	Symptome selten erfahrbar Extremereignisse, Schäden	Eigener Zustand, Symptome erlebbar Familie, Freunde beteiligt
Was macht der Staat?	Zu abstrakt, keine rasche Wirkung, Pariser Abkommen, CO ₂ .Gesetz	Konkrete Massnahmen Besondere + Ausserordentliche Lage
Was höre ich?	Nicht regelmässig, Unsicherheiten Info nach Extremsituationen	Tägliche Zahlen, Pressekonferenzen Prime time
Was kann ich tun?	Freiwilligkeit, Verzicht «Eigenverantwortung»	Befolgen, was befohlen Schützen, Abstand halten, Impfen
Was gewinne ich?	Benefit langfristig, basiert auf Versprechen, internationaler Solidarität	Benefit unmittelbar Atemschutz, Impfschutz, Quarantäne
Wer beeinflusst mich?	Links-rechts Schema, «think thanks» Gigantische finanzielle Interessen	Nur Randgruppen opponieren Vereinzelte Gegenpositionen

Tabella aus Referat Th. Stocker

Ein- und Ausblicke nach Corona

Inputreferat von Dr. Marcel Tanner, em. Professor für Epidemiologie und Public Health an der Uni Basel und em. Direktor des Schweizerischen Tropen- und Public Health Instituts (Swiss TPH). Ehem. Mitglied der Covid-Taskforce, heute Präsident der Akademien der Wissenschaften Schweiz.

Grundlagen und Kontext

Die Gesellschaft musste das Problem der Pandemie angehen, wie im Gleichnis die blinden Weisen den Elefanten erforschten: jeder beschrieb seinen Teil, aber eben nur einen Teil. Auf das Vorgehen in unserem Land übertragen heisst das, es wurden viele Berichte verfasst, eine Gesamtschau war (mindestens zu Beginn) nicht möglich. Die Wissenschaft hatte den Lead, umso wichtiger wurde der Dialog mit der Bevölkerung.

Halbwahrheiten, die auftauchten, die ein Körnchen Wahrheiten enthielten, waren für den Referenten schlimmer als die vielen Fake News. Diese Verschwörungstheorien brachten Unruhe in die Gesellschaft. Die Coronakrise machte Probleme sichtbar, die schon vorher in der Gesellschaft schlummerten.

Unser Weg durch die Krise

Die Schweiz war auf diese Pandemie überhaupt nicht vorbereitet. Weder Rollen, noch Prozesse oder Verantwortungen waren klar. Ebenso fehlte wichtiges Material. Der «Lock down» wirkte auf das gesellschaftliche Leben wie ein Abbruchhammer! Wir wurden lahmgelegt. Die Interessen zur Erhaltung der Gesundheit widersprachen denjenigen der Wirtschaft.

Erstaunlich war die Heterogenität der Fallzahlen in den verschiedenen Kantonen: Der Tessin war der Hotspot mit 16%, die Romandie lag über dem Durchschnitt, die Innerschweiz sowie die Ostschweiz darunter. Die Wirksamkeit von Massnahmen wird meistens in Versuchsanlagen eruiert. Bis sie dann in der Bevölkerung umgesetzt werden, sinkt die Effektivität beträchtlich (z.B. von 80% auf 30%!). Eine Untersuchung des Instituts Sotomo bewies, dass die Schweiz die befohlenen Massnahmen „grundsätzlich“ befolgte. Weil sie aber in den Kantonen sehr unterschiedlich eingehalten wurden, hatte die zweite Welle freie Bahn. Der Föderalismus zeigte seine negative Seite.

Strategien

In der Schweiz fehlte ein Überwachungssystem. Eine gesundheitspolitische «Feuerwehr» wäre nötig gewesen. Für ein gezieltes Eingreifen und Prognosen ist das Identifizieren der Übertragungsketten und -herde zentral. Kantonale und regionale Ansätze sind möglich, ein guter Weg wäre die Schaffung von Versorgungsregionen.

Es braucht nur wenige Datensammlungen über Infektionen, Varianten und den Verlauf der Krankheit. Wichtig wäre ein einfaches System zur Erfassung der Verbreitung der Pandemie, wie die Swiss Covid-App. Leider funktionierte sie aber mangelhaft, und es gab Probleme mit dem Datenschutz. Die «Public Health Antwort» muss zugeschnitten sein auf die aktuelle und lokale Übertragungssituation. Der Erfolg des ganzen Vorgehens und alle Massnahmen hängen (wie so oft) von der Qualität der Kommunikation ab!

Folgen

Home Office und Home Schooling führten u.a. zu psychischen Problemen, zu Stress, zu mehr häuslicher Gewalt und Suchtverhalten. Kinder und Jugendliche vor allem handelten sich Bildungsrückstände ein. Das Gesundheitswesen stand unter grossem Druck, der vor allem beim Personal der Spitäler zu Belastungsschäden führte. Mit der Fortdauer der Pandemie sank das Vertrauen in Behörden, Politik und die Wissenschaft. Die Wirtschaft verzeichnete einen deutlichen Einbruch: Viele KMU's gerieten an den Rand eines Konkurses, vor allem Betriebe in der Gastronomie, im Tourismus und in der Unterhaltungsbranche litten stark unter den Einschränkungen.

Ausblick

Es gilt auszusortieren, was wir alles richtig gemacht haben und was verbessert werden muss:

- Pandemien sind globale Gesundheitsprobleme. Wir dürfen uns nicht wieder überraschen lassen. Ein Vorausblick, eine einfache Überwachung ist nötig.
- Entscheidungswege und Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen müssen klar(er) geregelt, Verantwortung, Rollen und Prozesse zum Voraus festgelegt werden. Unser Föderalismus erschwert diese Aufgabe.
- Wir sitzen zwar alle im gleichen Boot, es müssen aber nicht alle gleicher Meinung sein. Behördliche Entscheidungen stehen oft gegen Eigenverantwortung – das wird immer ein Balanceakt sein. Darum müssen Massnahmen umsetzbar sein und von der Mehrheit akzeptiert werden.
- Der Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft muss ständig geübt und angepasst werden.

Als Schlusswort ein Zitat des Referenten:

„Alle wissenschaftliche Arbeit ist immer unvollständig, Forschung und Wissen schreiten stetig voran. Das verpflichtet uns, Bisheriges in Frage zu stellen oder gar zu verwerfen.“ (A.B.Hill, 1965)

Schwerpunkte aus der Podiumsdiskussion

Thomas Stocker (St), Marcel Tanner (Ta), Jelena Filipovi (Fi), Politologin, Geschäftsführerin und Stadträtin des GB und Klimaaktivistin.

Moderation: Jürg Steiner, Redaktor «Hauptstadt.be»

Steckt die Wissenschaft in einer Blase fest?

Fi fehlt die Übersetzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Gesellschaft. Die wäre zentral, die Wissenschaft bleibe aber in ihrer "bubble" und schaffe es nicht, mit Politik und Gesellschaft zusammen zu arbeiten. Sie möchte das Wissen „auf die Strasse bringen“, weiss aber nicht wie. Der Klimastreik hat sie aktiviert, sie hat deshalb ins „campaining“ gewechselt.

Ta sieht die Übertragung von Wissen in die Politik ebenfalls als zentrales Element. Er betont aber, dass nicht alle Wissenschaftler/innen in ihrer Blase gefangen seien. Gerade in Projekten hat er sehr offene Kontakte erlebt. Wenn man das Miteinander sucht, funktioniert die Zusammenarbeit.

St wehrt sich auch gegen die Behauptung, „die“ Wissenschaft stecke in einer Blase fest. Sie müsse aber klare Fakten liefern, damit man nach aussen treten könne. Oft dringen wissenschaftliche Anliegen nicht bis zur Bevölkerung durch, weil die Verwaltung dazwischengeschaltet ist.

Einbezug der Betroffenen

Es stellt sich die Frage, wie man komplexe, globale Probleme angehen soll. Besonders, wenn viele Themenbereiche ineinander verwoben sind, wird es schwierig, die Bevölkerung zu informieren, mit einzubeziehen

Fi hat mitgeholfen, einen „Bürger/innen - Rat“ ins Leben zu rufen, der mit repräsentativ ausgewählten Mitgliedern Empfehlungen erarbeitet und an „die Politik“ abgibt. Das Miteinander-Reden, gegenseitige Empathie helfen. Erst durch die Aktionen der Aktivist/innen ist ihr die Dringlichkeit der Klimadebatte bewusst geworden. Wir brauchen nicht mehr Informationen, wir müssen handeln!

Ta begrüsst dieses Vorgehen. Sogar die Wirtschaft beachte und unterstütze Bürgerinitiativen. In Basel haben sie „atelier du future“ geschaffen, die als Übertragungsriemen lokal zugeschnittene Einsichten weitertragen.

St gibt zu bedenken, dass nicht alle gut gemeinten Projekte Sinn machen. Hingegen funktioniert es, wenn gegensätzliche Gruppen zusammenstehen: Im Kanton Glarus schuf die Zusammenarbeit der Klimajugend mit einer bestehenden Landrätin die Sensation, dass an der Landsgemeinde per Gesetz neue Öl- und Gasheizungen verboten wurden. Das viel mildere CO₂ – Gesetz hingegen ist auf Bundesebene an der Urne gescheitert.

Die Rolle der Demokratie - hilft Föderalismus?

St betont, dass unsere Demokratie ein gutes Instrument zur Problemlösung wäre. Weil aber nur eine Minderheit an Abstimmungen teilnimmt, weil mit Halbwahrheiten politisiert wird und ein Nein immer die bequemere Antwort auf Veränderungen ist, kommen wir in der Klimapolitik und Energiefragen nicht weiter.

Ta findet eine Dezentralisierung der Entscheide gut, nicht jede Region hat gleiche Bedürfnisse und Möglichkeiten. Unser Föderalismus „pulverisiert“ aber die Verantwortung! Die Maskenfrage z.B. war ein Trauerspiel: in Baselland galt eine Maskenpflicht, in Baselstadt hingegen nicht. Weil jedes Statement verpolitisiert wird, gehen Fakten und Lösungen unter. Die Medien müssten mithelfen, den Hintergrund zu erhellen anstatt süffige Zitate heraus zu streichen.

Ausblick

Fi ist sicher, dass nur persönliche Betroffenheit einen Sinneswandel bringen kann. Mit Betonung auf kann! Sie fragt sich, wie man Betroffenheit erzeugt.

St fordert, dass wir Taktiken finden und benennen müssen, um Fake News richtig zu stellen. Leugnungen und Verschwörungstheorien dürfen wir nicht auf die gleiche Ebene stellen wie bewiesene Fakten. Multiplikatoren sind nötig, um die politische Mitbestimmung zu verbessern, um mehr Leute an die Urne zu bringen. **Die Frage ist nicht wer etwas macht, sondern dass wir etwas tun.**

Ta ist überzeugt, dass wir eine nächste Pandemie – die sicher kommen wird – besser bewältigen werden. Die Fachleute dürfen sich aber nicht mit Messungen begnügen, sondern müssen ein Datennetz aufbauen. Die Verbesserungen der Abläufe und Massnahmen gehen ihm zu langsam. Das Virus ist nicht besiegt, wir haben nur gelernt, damit umzugehen.

AUS BERNET-BLOG / gilt als Zusammenfassung der 5. Veranstaltung der NHG Bern

<https://bernet.ch/blog/2023/03/15/vom-tipp-zur-indiskretion-ist-es-oft-ein-kurzer-weg/>

«Vom Tipp zur Indiskretion ist es oft ein kurzer Weg»

Indiskretionen, sogenannte Leaks, gehören in der Politik und Medienarbeit zum Alltag – auch in der Schweiz. Wo aber liegen die Grenzen? Brauchen wir Leaks, um Missstände aufzudecken oder schaffen sie ein Klima des Misstrauens? Wie wichtig sind sie für die Kontroll- und Kritikfunktion der Medien? Darüber wurde vorgestern an einer hochaktuellen Podiumsdiskussion der Neuen Helvetischen Gesellschaft in Bern gesprochen. Bernet Relations war vor Ort (EVELYNE ZEMP, VINCENZO RIBI / 15. MÄRZ 2023)

Die zielgerichtete Enthüllung vertraulicher Informationen kann für eine Gesellschaft von grossem Nutzen sein – wenn gewisse Parameter berücksichtigt werden. Denn wer vertrauliche Informationen an Journalist:innen heranträgt, verfolgt damit ein klares Interesse: letztlich wollen Diskurse und Entscheidungen beeinflusst werden. Zu diesem Thema diskutierten am 13. März Politikwissenschaftler Claude Longchamp (qfs.bern), Presseratmitglied Casper Selg (ehem. SRF Echo der Zeit) und Bundeshausjournalist Georg Humbel (NZZaS) unter der Moderation von Jürg Steiner (Hauptstadt.be) an einem spannenden und hochaktuellen Podium der Neuen Helvetischen Gesellschaft Bern.

Wie sind Indiskretionen überhaupt möglich?

Beispielhaft für Indiskretionen stehen in jüngerer Zeit die Crypto-Affäre und die Corona-Leaks. Nimmt die Anzahl Indiskretionen zu? Hier ordnet Claude Longchamp ein: *«In meinen rund 30 Jahren Erfahrung habe ich beobachtet: Indiskretionen nehmen nicht systematisch zu, sie treten in Zyklen auf»*. Wie es immer wieder zu Indiskretionen in der Schweizer Politik kommt und welche Voraussetzungen begünstigend wirken, zeigt er in sechs Annäherungsversuchen auf:

1. **Die Regierungsweise:** Der Bundesrat regiert nicht im geheimen 7er-Gremium. Entscheide werden im engsten Kreis gespiegelt, Positionen wollen abgesichert und auf Mehrheitsfähigkeit geprüft werden. In diese Prozesse sind bis zu 40 Personen involviert. 40 Personen, die theoretisch als Quelle für Indiskretion in Frage kommen. Bei parlamentarischen Kommissionen dürften es jeweils noch mehr sein.
2. **Konflikte:** Je mehr Konflikte bestehen, umso günstiger die Lage für Indiskretionen. Diese dienen schliesslich immer einem Ziel, etwa der Stärkung der eigenen Position oder der Beeinflussung eines Gegners.
3. **Veränderung im politischen Lobbying:** Im Bundeshaus wirken verschiedene Interessen auf die Departemente ein. So sind Parteien, Verbände, Interessensgruppen, Lobby- und PR-Agenturen bestrebt, Einfluss auf relevante Player auszuüben.
4. **Veränderungen im Mediensystem:** Die Laufbahn von Medienschaffenden läuft längst nicht mehr so linear ab wie früher. Heute ist der fliegende Rollentausch nicht unüblich: vom Journalismus zur Politik oder zur PR-Agentur und wieder zurück. Die daraus entstehenden Netzwerke, das angeeignete Knowhow führen zu einer höheren Interaktion von Politik und Medien.
5. **Lobbying von Aussen:** Indiskretionen können auch zum Konkurrenzkampf internationaler Akteure – etwa Rüstungsanbietern – gehören, um sich Vorteile und den Mitbewerbern Nachteile zu verschaffen. Als jüngeres Beispiel dient die Kampfjet-Abstimmung um den F-35 und auf Indiskretionen basierende Medienberichte zu möglichen Seitendeals.
6. **Dauerhafte Beschleunigung während der Pandemie:** Die Pandemie und das Notrecht haben eine neue Dynamik entfacht: Regierungsentscheidungen im Stakkato, permanente Kommunikation, bestehende Prozesse griffen nicht mehr. Die Interaktion von Exekutiven und Medien wurde intensiviert und beschleunigt – das begünstigte Indiskretionen.

Die Bedeutung von Indiskretionen im Journalismus

Die Relevanz von Indiskretionen für recherchierende Medienschaffende ist unbestritten. Weniger für jene, die seichte Artikel über ‚Katzenbildli‘ schreiben (müssen), die jeweils für die stärksten Klick-Raten sorgen. Für NZZaS-Journalist Georg Humbel ist klar: *«Für meine Arbeit sind Indiskretionen eminent wichtig. Sie sind reizvoll, interessant und im Konkurrenzkampf mit anderen Medienschaffenden ein Vorteil»*.

Indiskretionen seien zu begrüessen, wenn sie dem öffentlichen Interesse dienen. Im Fokus stehe aber immer die Frage *«Cui bono – wer profitiert davon?»*. Nicht jede Indiskretion werde daher auch aufgenommen. Schliesslich wolle er sich nicht instrumentalisieren lassen, er sei Journalist, nicht Aktivist. Für Casper Selg muss auch berücksichtigt werden, unter welchem finanziellen Druck die Medienhäuser heute stehen. Es brauche spannende Primeure, um die Leserschaft für sich gewinnen und sich gegen andere Medien durchsetzen zu können. Indiskretionen können hierzu

sehr wertvoll sein. Einen direkten Einfluss solcher Verleger-Interessen möchte Georg Humbel wiederum aus seiner Redaktionserfahrung nicht stützen.

Casper Selg erläutert auch, welche Aspekte es bei der Veröffentlichung von vertraulichen Informationen zu berücksichtigen gelte, denn: «*Indiskretion stellt Öffentlichkeit her, aber es gibt Grenzen*». Für Medienschaffende seien folgende Punkte zu beachten:

- Ist die Informationsquelle dem Medium bekannt? Lässt sich der Sachverhalt bestätigen?
- Ist das Thema von öffentlichem Interesse? (Interesse ≠ Neugier)
- Tangiert die Veröffentlichung wirklich keine schützenswerte Interessen, etwa Persönlichkeitsrechte oder Aspekte der Landesverteidigung?
- Gibt es legitime Gründe, mit der Publikation noch zuzuwarten?
- Handelt die Informantin/der Informant freiwillig (keine Zahlungen, Wanzen, Erpressung o.ä.) und welche Absicht steckt dahinter?

Ein Blick in die Zukunft

Indiskretionen haben eine lange Tradition und werden auch künftig für Aufregung und Schlagzeilen sorgen, je unkonkordanter die Politik, desto stärker. Selten haben sie das Potenzial, eine Regierung zu stürzen wie Deep Throat bei Watergate. Vielmehr gehören sie zum Arsenal politischer Hilfsmittel eines demokratischen Systems. Diese Motivation begründet den fundamentalen journalistischen Abgrenzungsbedarf. «*Vom Tipp zur Indiskretion ist es oft ein kurzer Weg*» so Claude Longchamp. Wie schnell entwickelt sich ein Tipp unter Bekannten, über ein Hintergrundgespräch hin zur Indiskretion, die die Gemüter erhitzt?

Gleichzeitig fördern Indiskretionen die Transparenz, stellen die für eine funktionierende Demokratie wichtige Öffentlichkeit her und stützen die Medien in ihrer Funktion als vierte Gewalt. Neben sachpolitischen Indiskretionen, die durchaus personelle Konsequenzen haben können, ist aber ein Trend zum *negative campaigning* zu beobachten. Also dem Bestreben, politische Gegner weniger auf Basis themenbasierter Diskussionen zu schwächen, sondern durch gezielte, personalisierte Angriffe, wie man sie aus dem Politikalltag der USA kennt – mit beunruhigendem Vertrauensverlust in Politik, Medien und öffentlichen Institutionen. Noch ist man in der Schweiz nicht so weit, obwohl die spürbare Zunahme der Personalisierung in der politischen Kommunikation dem Vorschub leisten könnte. Nach wie vor geniessen hierzulande Regierungs- und Medieninstitutionen ein vergleichsweise grosses Vertrauen. Aus Sicht von Medienschaffenden bleibt die politische Unruhe im Bundesrat jedenfalls durchaus belebend für Indiskretionen. Wir bleiben gespannt!

Weiterführend:

- Lektüre-Tipp aus dem NZZmagazin:»Das diskrete Handwerk der Indiskretion« (Stefan Bühler)